



Die Freie Hansestadt Bremen

**Regierungserklärung 2011 - 2015 des
Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Jens Böhrnsen,
abgegeben vor der
Bremischen Bürgerschaft
am 06. Juli 2011**

(ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!)



Meine Damen und Herren!

Am 22. Mai haben die Wählerinnen und Wähler in Bremen und Bremerhaven SPD und Grünen zum zweiten Mal den Auftrag gegeben, die Landesregierung zu bilden.

Mit frischem Schwung und neuen Gesichtern nimmt der Senat den Auftrag an.

Wir spüren in den beiden Städten Aufbruchstimmung, die wir durch unsere Arbeit verstärken wollen.

Wir wissen um die große Bedeutung der Industrie in Bremen. Deshalb werden wir alles dafür tun, Automobilwirtschaft, Stahlerzeugung, Maschinenbau oder Elektrotechnik an den Standort Bremen zu binden und ihre Entwicklungschancen zu stärken.

Unsere Städte sind hoch attraktiv für die Menschen aus nah und fern. Viele, die aus Bremen ins Grüne gezogen sind, kommen zurück.

Unsere Gästezahlen streben jedes Jahr einen neuen Rekordwert an, viele Tausend Menschen finden Arbeit in der Tourismusbranche, Bremerhaven marschiert beeindruckend vorweg.

Das zurzeit bedeutendste politische Projekt, den Atomausstieg, haben wir nicht als Zuschauer beobachtet, sondern mit gestaltet. Beginnend mit der klaren Haltung zu Atomtransporten, mit der klaren Forderung, dass das AKW Unterweser in Esenshamm abgeschaltet bleiben muss, und nicht zuletzt mit unserer Klage zur Laufzeitverlängerung vor dem Bundesverfassungsgericht haben wir deutliche Akzente gesetzt.

Die positiven Nachrichten aus Wirtschaft und Wissenschaft verbinden wir mit dem Auftrag, die andere Seite der Medaille nicht zu übersehen. Die soziale Spaltung der Städte ist nicht überwunden.

In einigen Stadtteilen können Kinder immer noch nicht den Bildungs- und Lebensweg einschlagen, der der richtige für sie wäre. Weil es das Portemonnaie der Eltern nicht hergibt.



Arbeitslosigkeit und Armut sind keine Fremdworte bei uns. Und wer eine Vollzeitarbeitsstelle hat, ist nicht davor geschützt, am Ende des Monats beim Sozialamt anzustehen, weil der Lohn zum Leben nicht reicht.

Auch das ist unser Arbeitsauftrag, den wir mit dem gleichen Engagement angehen werden.

Das ist die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre:

bei allen Bemühungen zur Konsolidierung des Haushalts eine Politik zu gestalten, die die Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unseren beiden Städten in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen gleiche Lebenschancen und mehr Lebensqualität für alle in Bremen und Bremerhaven.

Wir machen eine Politik für alle Teile der Gesellschaft.

Deshalb werden wir eine Koalition der starken Wirtschaft und der ökologischen Vernunft sein.

Deshalb werden wir eine Koalition für gute Arbeitsplätze und den sozialen Zusammenhalt sein.

Deshalb werden wir eine Koalition der öffentlichen Verantwortung, für mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung sein.

Und nicht zuletzt werden wir deshalb eine Koalition der nachhaltigen Finanzpolitik sein, indem wir die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand sichern, die Finanzen des Landes ordnen und uns Schritt für Schritt aus der Schuldenfalle befreien.

Dies alles gehört untrennbar zusammen.

Darauf kann sich jeder in Bremen und Bremerhaven verlassen.

Ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Bremen und Bremerhaven steht an der Spitze des Koalitionsvertrages, damit bleiben wir konsequent in der selbst gezogenen Spur.

Bremen und Bremerhaven: das ist – gemeinsam - ein starker, zukunftssträchtiger Wirtschaftsstandort. Die Häfen und die Logistikwirtschaft, die Luft- und Raumfahrtin-



dustrie, die Automobilwirtschaft, die Lebens- und Nahrungsmittelindustrie, die Kreativwirtschaft, das Handwerk und die Windkraftwirtschaft machen Bremen und Bremerhaven in vielen Feldern zu nationalen und europäischen Spitzenreitern.

Deshalb werden wir weiterhin und verstärkt an einer engen Verzahnung von wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Kompetenz arbeiten. Wir werden auch in Zukunft ökonomische Vernunft und ökologische Nachhaltigkeit nicht als Gegensätze, sondern als gleichwertige Triebfedern für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand sehen.

Wenn nicht wir in Bremen und Bremerhaven, wer könnte besser beweisen, dass Ökologie und Ökonomie zusammen passen.

Da wird erneuerbare Energie erlebbar.

Und dann rate ich auch zu einem Gespräch mit den Unternehmern, die erzählen, dass Öko kein Arbeitsplatzkiller ist. In Bremerhaven ist erneuerbare Energie ein Jobmotor.

Deshalb stehen wir mit aller Kraft dahinter.

Die eingeleitete Energiewende bietet für die bremische Wirtschaft große Chancen.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich nicht als ein leeres Versprechen herausstellt.

Denn wir sind fest entschlossen, alles dafür zu tun, dass diese Chancen genutzt werden können.

Deshalb ist z.B. die Realisierung des Offshore-Terminals in Bremerhaven für Bremen und Bremerhaven von so herausragender Bedeutung. Gleiches gilt für die Verbesserung der internen Hafenerschließung und die Hafenanbindung in Bremerhaven für die gesamte maritime Wirtschaft und Logistik.

Der Atomausstieg – ein Erfolg rot-grüner Politik - muss dieses Mal unumkehrbar sein. Deshalb werden wir ihm im Bundesrat an diesem Freitag zustimmen!

Wir setzen darauf, dass die Energiewende hin zu mehr Effizienz und mehr Erneuerbaren Energien konsequent umgesetzt wird. Dafür reichen die von der Bundesregierung vorgelegten energiepolitischen Gesetze aber nicht aus: Sie werden nicht für die



nötige Dynamik beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung sorgen.

Wir werden uns daher im Bundesrat weiter konstruktiv einbringen, um die Energiewende im Sinne einer klimafreundlichen, sicheren und stärker dezentralen Energieversorgung voranzutreiben.

Ebenfalls von großer Bedeutung für Bremen ist der Einzelhandel. Deshalb werden wir uns in Kooperation mit den Grundstückseigentümern und Einzelhändlern dafür stark machen, neue und vor allem hochwertige Einzelhandelsflächen, etwa im Ansgariquartier, zu schaffen.

Wir wollen auch damit Kaufkraft an Bremen binden.

Die Bremer Innenstadt hat eine weit über Bremen hinausgehende Bedeutung für den Einzelhandel.

Menschen nach Bremen zu holen, sie für unsere Stadt zu faszinieren, das gelingt auch mit der Überseestadt.

Denken Sie nur an das Riesenbürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit. Deshalb bleibt die Überseestadt auch in den kommenden Jahren das größte Stadtentwicklungsvorhaben in Bremen. Wir wollen den Masterplan quartiersweise weiterentwickeln.

Und dabei soll ein lebendiger Stadtteil herauskommen. Deshalb wollen wir dort bezahlbaren Wohnraum schaffen. Die Überseestadt soll vielfältig bleiben und offen für Menschen aller Schichten sein. Deshalb werden wir sie besser mit ihrer Nachbarschaft verknüpfen, zum Beispiel durch weitere ÖPNV-Anbindungen.

Eine lebendige Kreativwirtschaft ist nicht nur bedeutsam für das Image Bremens und Bremerhavens als moderne Großstädte, sondern auch als Wirtschaftszweig mit eigener Wertschöpfung. Wir werden die Potentiale der Kreativwirtschaft nutzen und unter Einbindung unserer Hochschulen die Zusammenarbeit von Unternehmen der Kreativwirtschaft mit Unternehmen der „klassischen“ Branchen fördern.

Unternehmen in Bremen und Bremerhaven brauchen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung ausreichende und vor allem gute Gewerbeflächen. Mit



dem Gewerbeentwicklungsprogramm werden wir eine Ausrichtung der Gewerbeflächenpolitik vornehmen, die sich an dem Bedarf der Unternehmen orientiert, der Binnenentwicklung Vorrang einräumt und branchenbezogene Standorte noch stärker profiliert.

Ein Bremen im Aufschwung, ein boomendes Bremerhaven – die Ziele des Senats sind leicht zu beschreiben.

Aber wirtschaftliches Wachstum gibt es mit uns nicht um jeden Preis.

Zum Beispiel nicht zu dem Preis, dass uns die Luft zum Atmen fehlt.

Bremen wird seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Wir wollen durch Energieeinsparung, durch den konsequenten Ausbau der regenerativen Energien und durch effizientere Energienutzungen erreichen, das Bremen im Jahr 2050 zu 100 Prozent mit regenerativen Energien versorgt wird.

Wir werden diesen Weg konsequent mit einer verlässlichen, langfristigen Perspektive gehen, damit setzen wir auch einen wichtigen Impuls für die langfristige wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes. Saubere Luft, viele Grünflächen und möglichst wenig Lärm sind auch wichtige Elemente zur Sicherung der Lebensqualität und der Attraktivität unserer Städte.

Fast 100.000 Menschen arbeiten in Bremen und Bremerhaven in Handel, Hafen und Logistik. Unser Wohlstand hängt ganz wesentlich hiervon ab. Deswegen haben die Realisierung der A 281 einschließlich der zügigen Weserquerung, die Sicherstellung der Hafenhinterlandanbindung und die seewärtige Erreichbarkeit der Häfen für uns einen so zentralen Stellenwert. Beim dringend notwendigen Ausbau der Cherbourger Straße arbeitet der rot-grüne Senat künftig dabei Hand in Hand mit der rot-grünen Koalition in Bremerhaven zusammen.

Beim Ausbau der verkehrlichen Infrastruktur verliert der Senat die Belastungen für die Menschen nicht aus den Augen. Wir suchen nach Wegen, Anwohnerinnen und Anwohner zu schützen. Der Kompromiss im zweiten Bauabschnitt der A 281 ist hierfür ein gelungenes Beispiel.



Ein anderes Thema ist der Bahnlärm. Wir wollen prosperierende Eisenbahnhäfen, aber wir werden auch dafür sorgen, dass die Anwohner der Schienentrassen mit ihrem Anliegen nicht zu kurz kommen.

Zu einer guten Verkehrspolitik, die den Wohn- und Wirtschaftsstandort Bremen und Bremerhaven stärkt, gehören für uns ganz wesentlich auch der Ausbau und die Stärkung des Umweltverbundes. Es ist unser Ziel, die Menschen durch attraktive Angebote dazu zu bringen, mehr auf ÖPNV und Fahrrad umzusteigen.

Wir werden deshalb das Straßenbahnnetz in Bremen weiter ausbauen und attraktiver machen.

Um allen Interessen gerecht werden zu können, werden wir ein Gesamtverkehrskonzept erstellen, das die Grundlage für eine anwohner- und klimafreundliche, integrative und Standort stärkende Verkehrspolitik sein soll

Das ist der richtige Weg für einen angemessenen Ausgleich zwischen allen Verkehrsteilnehmern.

Die Entwicklung Bremens und Bremerhavens sind untrennbar mit der Entwicklung im Nordwesten verbunden. Deswegen hat die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Kommunalverbund in der Metropolregion, mit Niedersachsen, Hamburg und den anderen norddeutschen Ländern eine so herausragende Bedeutung.

Viele Probleme der Region lassen sich nur gemeinsam lösen, viele Chancen besser gemeinsam ergreifen.

Deshalb treten wir für eine noch engere Kooperation der norddeutschen Häfen ein. Wir wollen im Rahmen eines nationalen Hafenkonzeptes die Kooperationsmöglichkeiten in der Deutschen Bucht nutzen.

Und auch bei der Vertretung unserer Interessen bspw. gegenüber dem Bund wollen wir noch stärker in Berlin auf Ebene der norddeutschen Länder gemeinsam auftreten.

Rot-grün steht für eine starke Wirtschaft.

Die Wirtschaft muss ihrer Verantwortung für die Gesellschaft gerecht werden.

Für uns ist das wichtigste Ziel der Wirtschaft die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.



Die Arbeitslosigkeit ist noch immer viel zu hoch und es gibt zu viele Menschen, die trotz Vollzeitarbeit nicht von ihrem Lohn leben können.

Das ist würdelos.

Damit werden wir uns nicht abfinden.

Wir kämpfen auf allen Ebenen für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

Wir wollen auf Bundesebene den flächendeckenden Mindestlohn.

Auf Landesebene werden wir bei der Vergabe öffentlicher Aufträge neben der Tarif-treue sicherstellen, dass gleiche Löhne für Stammbeschäftigten und Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gelten.

Und wir werden die Wirtschaftsförderung verbindlich an Kriterien guter Arbeit wie z.B. Mindestlohn, Tariflöhne, Leiharbeitsquote und ihren Beitrag zum Ressourcen schonenden Wirtschaften koppeln und sie mit den Instrumenten der Arbeitsförderung eng verzahnen.

Für Dumping-Löhne und Arbeitsplatzangst darf es kein Geld aus bremischen öffentlichen Kassen geben.

Wichtig für eine aktive Arbeitsmarktpolitik bleibt dabei, dass ihr finanzieller Rahmen in erster Linie durch den Bund und durch die Mittel der Strukturförderung dauerhaft erhalten bleiben.

Allein mit bremischen Mitteln kann es nicht gelingen, über den Weg der Arbeitsförderung mehr Menschen in Arbeit zu bringen.

Deshalb erwarten wir von der Bundesregierung, dass sie ihre Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik ernst nimmt.

In der Arbeitswelt zeigt sich leider auch heute noch besonders deutlich, dass zwar mehr als die Hälfte der Bevölkerung Frauen und Mädchen sind, aber die Gleichberechtigung nur in der Grammatik weiblich daher kommt.

Deshalb wird der Senat weiter an dem Ziel des „equal pay“ (Ich sag lieber: „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“) auch zwischen Frauen und Männern festhalten. Wir wollen Unternehmen für Pilotprojekte gewinnen, um ungerechte Entgelte zu identifizieren und zu beheben.



Wir werden weiter dafür sorgen, dass Frauen den Aufstieg schaffen können. Das bedeutet einerseits eine konsequente Unterstützung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Andererseits werden wir als öffentliche Hand Vorbildfunktion leisten.

Da haben wir schon einiges geschafft. Behördenleiterinnen, Geschäftsführerinnen oder Abteilungsleiterinnen sind in den vergangenen Jahren dazu gekommen.

Wir werden weitere Akzente durch die Besetzung von Aufsichtsratsmandaten in öffentlichen Betrieben setzen, langfristig wollen wir eine 50-Prozent-Quote in Vorständen und Aufsichtsräten.

Der Senat wird darüber hinaus Initiativen ergreifen, um die Übertragbarkeit des Gleichstellungsgesetzes auf die private Wirtschaft zu erreichen.

Eine zukunftsgerichtete, ökologisch wie sozial orientierte Wohnungsbau- und Stadtentwicklungspolitik ist von besonderer Bedeutung, weil sie Menschen an unsere Städte bindet – und jeder weiß, dass daran Steuereinnahmen geknüpft sind.

Die Attraktivität einer Stadt für ihre Bewohner entscheidet sich vor allem in den Stadtteilen. Und hier müssen wir verhindern, dass unsere Stadt weiter in ärmere und reichere Stadtteile auseinanderfällt.

In den vergangenen Jahren konnten wir in Osterholz-Tenever eine überaus erfreuliche Entwicklung beobachten. Hier haben Stadt und Wohnungswirtschaft zusammen mit den Anwohnern dafür gesorgt, dass die Menschen wieder gerne in Osterholz-Tenever leben.

Ein wichtiges Instrument war dabei das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN), das auch in vielen anderen Quartieren wertvolle stabilisierende Arbeit ermöglicht hat.

Wir werden dieses erfolgreiche Programm fortsetzen und dafür auch bei schwierigen Haushaltsbedingungen weiter Mittel bereitstellen.

Wir werden aber auch darauf drängen, dass der Bund sich hier nicht aus der Verantwortung zurückzieht.



Wir werden im Bremer Westen, wo in den vergangenen Jahren schon viel an Stabilisierungsarbeit geleistet wurde, eine Entwicklungsagentur West einrichten, um die vorhandenen vielfältigen ressortbezogenen Ansätze zu einer ressortübergreifenden Strategie bündeln.

Zu einem erfolgversprechenden Gesamtansatz verbinden werden wir auch die verschiedenen Überlegungen und Maßnahmen, die Quartiere Bremen-Nords positiv weiter nach vorne zu bringen. Ich werde dazu im Rathaus mit den Akteuren aus dem Bremer Norden eine handlungsorientierte Koordinierungsrunde einladen.

Für eine soziale Stadtentwicklungspolitik und für ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum sind unsere städtischen Wohnungsbaugesellschaften GEWOBA und STÄWOG die Schlüssel.

Und diese Schlüssel werden wir nicht aus der Hand geben.

Zigtausende Mieterinnen und Mieter können sich auf die Koalition verlassen, ihre Ansprechpartner sind hier und sitzen nicht in Texas oder auf Barbados.

Mit der Wohnungsbaukonzeption verfolgen wir das Ziel, bis 2020 14.000 neue Wohnungen in Bremen vor allem in bestehenden Quartieren und durch Arrondierung zu schaffen. Dies ist nicht nur ökologisch, dies ist auch attraktiv und wirtschaftlich, da durch die Einbindung in gewachsene Quartiere und entlang der Verkehrs- und ÖPNV-Achsen Infrastrukturen nicht erst neu und teuer aufgebaut werden müssen.

Der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft und die Chancengleichheit aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Einkommen stehen für den Senat weiterhin an oberster Stelle auf der Tagesordnung.

Wir haben uns in Bremen und Bremerhaven immer mit aller Kraft gegen ungleiche Chancen und Benachteiligung gestemmt und dabei spürbare Erfolge erzielt:

- Der Ausbau der Kindertagesbetreuung gerade in den so genannten benachteiligten Quartieren,
- der Ausbau der Betreuung für Null- bis Dreijährige,



- das kostenlose Mittagessen für Kinder aus Familien mit geringen Einkommen sowie
- das umfassende Programm zur Verbesserung des Kinderschutzes waren hier die wesentlichen Bausteine.

Hier werden wir auch weiterhin einen Schwerpunkt legen, bedarfsgerecht die notwendigen zusätzlichen Plätze schaffen, einen Betreuungsanspruch von sechs Stunden festschreiben und mit den Sprachtests früher beginnen. Weil wir wissen, je früher wir ansetzen, desto besser ist die Prognose. Deshalb wollen wir mit der Sprachförderung in den Kindergärten bedeutend früher ansetzen.

Nicht nur die Jüngsten stehen im Mittelpunkt der Senatspolitik. Wir werden Bremen und Bremerhaven zu aktiven Bürgerstädten entwickeln und älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern Teilhabechancen eröffnen und Beteiligungsmöglichkeiten bieten. Dafür brauchen wir weiterhin die Seniorenvertretung als starke Interessenvertretung, zum Beispiel für eine senioren- und behindertengerechte Infrastruktur.

Wir wollen, dass Altern als Chance begriffen wird. Wer sein Leben lang in Bremen und Bremerhaven gelebt und gearbeitet hat, darf den Lebensabend nicht in Einsamkeit und Armut verbringen.

Das sind wir den Seniorinnen und Senioren schuldig.

Wir werden weiter auf allen Ebenen Armut und Armutsfolgen bekämpfen. Wir werden uns auf Bundesebene für eine Politik einsetzen, die nicht ausgrenzt, sondern den Menschen, die Hilfe und Unterstützung benötigen, diese auch gewährt.

Wir werden uns in diesem Zusammenhang auch weiter dafür einsetzen, dass der Bund die Kommunen, die die Hauptlast der Kosten der Sozialhilfe zu tragen haben, entlastet. Die Kommunen wissen am besten, mit welchen Maßnahmen der Sozialhilfe- und auch der Arbeitsmarktpolitik vor Ort Armutsfolgen bekämpft werden können, sie können aber deren Kosten vor allem in den Großstädten nicht allein schultern.

Deshalb werden wir uns auch mit allen Mitteln und im Schulterschluss mit anderen Städten und Ländern gegen die irrationalen Steuerpläne der schwarz-gelben Bundesregierung stemmen, die nie etwas Vernünftiges bringen und immer zu Lasten der Kommunen oder Länder gehen.



Eine unserer wichtigsten Zukunftsaufgaben, die über den Zusammenhalt der Gesellschaft mitentscheiden wird, ist die Integrationspolitik. Integrationspolitik ist eine Herausforderung, die alle Politikfelder angeht und erfolgreich nur durch übergreifende Ansätze gestaltet werden kann.

Ich möchte Integration als Herausforderung und Chance für das gesamte Gemeinwesen begreifen, deshalb soll aus dem Rathaus - mit einer Staatsrätin an der Spitze - und mit dem Rathaus zusammen die Integrationspolitik als gemeinsames zentrales Politikfeld begriffen werden. Wir wollen Integration nicht teilen in Wohlfahrt für Migranten und Ausländerpolizei, sondern alle wollen wir gemeinsam an einer Willkommenspolitik mitwirken.

Die, die hier sind, sollen ihre Chancen zum Nutzen aller wahrnehmen können – vielleicht so sehr, dass noch viel mehr als zurzeit am Ende die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen, um auch wie alle an Wahlen teilnehmen zu können.

Wir müssen mehr junge Migrantinnen und Migranten in den öffentlichen Dienst holen, bei der Polizei, als Lehr- oder Verwaltungskraft, wir werden daran arbeiten, dass auch alle Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund früh die Angebote in unseren Kindergärten und Sportvereinen nutzen.

Und diejenigen, die neu zu uns kommen, mit denen wollen wir fair umgehen, menschlich, gastfreundlich.

Von großer Bedeutung für die soziale Entwicklung in unserem Land ist die Gestaltung der Gesundheitsversorgung. Auch wenn die wesentlichen rechtlichen und konzeptionellen Rahmenseetzungen auf Bundesebene getroffen werden, wird Gesundheitspolitik gerade in den Ländern und Kommunen ganz konkret, z.B. wenn es um den Krankenhausbereich geht. Hier wird eine herausragende Aufgabe der nächsten vier Jahre darin liegen, die Sanierung der Gesundheit Nord mit dem Ziel der Aufrechterhaltung von allen vier wohnortnahen Krankenhausstandorten in Bremen unter dem Dach der GeNo voranzubringen.

Wir wollen medizinische Maximalversorgung nicht nur für einige besonders Privilegierte, sondern sie für die breite Bevölkerung ermöglichen. Neben vielen strukturellen und personellen Maßnahmen, die gerade für die Beschäftigten eine große Herausforderung bedeuten, sind der Teilersatzbau im Klinikum Bremen Mitte sowie die In-



vestitionsförderung an allen anderen Standorten in Bremen und Bremerhaven die Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft aller Krankenhäuser.

Der kurzfristige Weg aus Armut führt über Arbeitsplätze, langfristig aber gilt nach wie vor:

Bildung ist der Schlüssel für eine Zukunft in Sicherheit und Wohlstand.

Deshalb werden wir die Bildungspolitik als Schwerpunkt unserer bisherigen Arbeit in den nächsten Jahren erfolgreich fortsetzen.

Mit unseren Investitionen in die Bildung, dem vereinbarten Schulkonsens sowie mehr und längerem gemeinsamen Lernen sind wir auf dem richtigen Weg. Der weitere Ausbau der Ganztagsangebote bietet allen Kindern und Jugendlichen die Chance, nach ihren Fähigkeiten individuell gefördert zu werden.

Wir werden zusätzliche Ganztagschulen aufbauen und vorhandene in ihrer Ausstattung verbessern. Wir werden die Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe intensivieren und die Angebote in einem Gesamtkonzept zusammenführen mit dem Ziel, an allen Grundschulen ein Mittagessen und Unterricht am Nachmittag anzubieten.

Und die Inklusion werden wir Schritt für Schritt weiter umsetzen.

Bremen ist hier vorbildlich. Weil wir hiermit Ernst machen mit der Umsetzung der UN-Behindertenkonvention.

Notwendige Sparbeiträge werden durch strukturell wirkende Maßnahmen so erwirtschaftet, dass die Unterrichtsversorgung nicht verringert und die Schulreform weiter verlässlich gestaltet wird.

Wir machen dies, damit kein Kind außen vor bleibt, damit der individuelle Erfolg nicht vom Einkommen der Eltern abhängt. Und wir machen dies, weil wir es uns angesichts des wachsenden Fachkräftebedarfs der Wirtschaft schlicht nicht leisten können, Talente ungenutzt zu lassen.

Für die erfolgreiche Gestaltung der Zukunft unseres Bundeslandes haben die Hochschulen eine herausragende Bedeutung. 30.000 Studierende in unseren beiden



Städten machen Bremen und Bremerhaven attraktiv, sind ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor und sorgen für Vielfalt und wissenschaftliche Kompetenz.

Die Gebührenfreiheit des Studiums ist unverzichtbar, weil wir nicht nur die Kinder reicher Eltern an den Unis haben wollen.

Daran halten wir fest. Wir wollen nicht zurück in die 50er oder 60er Jahre, als Kinder aus Arbeiterhaushalten nicht ins Studium gingen, weil sie es sich nicht leisten konnten.

Unsere Hochschulen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten hervorragend entwickelt. In Ihrer Vernetzung mit Wirtschaft und Gesellschaft durch die Gründung vieler Institute in und um die Universität wurde die Grundlage für die Stadt der Wissenschaft und den Erfolg der Bremer Universität im Exzellenzwettbewerb gelegt. In Feldern wie der Raumfahrtforschung, der Meeres- und Polarforschung, der Logistik und der Materialwissenschaften besitzen bremische Einrichtungen eine internationale Spitzenstellung.

Diese wollen wir gemeinsam festigen. Wir werden die Universität auch weiterhin in ihren Bemühungen, sich erfolgreich in der Exzellenzinitiative zu positionieren, unterstützen. Wir werden die zwischen Bund und Ländern vereinbarte Steigerung der Ausgaben für die gemeinsamen Forschungseinrichtungen erbringen.

Zur weiteren Verbesserung der Lehre werden wir uns am Hochschulpakt II beteiligen und das Sonderprogramm „Gute Lehre“ fortsetzen.

In Städten, die mit hoher Lebensqualität werben, ist ein attraktives kulturelles Angebot unverzichtbar. Damit ist Kulturförderung auch ein aktiver Beitrag zu einer erfolgreichen Standortpolitik, nach Innen wie nach Außen.

Beiträge aus Kunst und Kultur schaffen Identität und sind Motor und Impulsgeber neuer Entwicklungen. Eine verlässliche Förderung bleibt unser Credo, auch wenn sich die Kultur wie alle anderen gesellschaftlichen Bereiche dem Wandel unserer Zeit stellen muss.

Einen weiteren Schwerpunkt unserer Kulturpolitik werden wir darin setzen, gerade den Menschen kulturelle Angebote zu ermöglichen, die nicht unmittelbar einen Zugang dazu haben. Initiativen wie Klassenlos, das Kulturticket oder Kultur-Flatrates sind hier wichtige Bausteine.



Der Sport hat im wahrsten Sinn des Wortes eine breite Bedeutung. Die vielfältige integrative Wirkung des Sports sowie seine Bedeutung für die positive Entwicklung unserer Kinder wissen wir zu schätzen. Deswegen werden wir auch bei knappen Mitteln weiterhin für verlässliche Rahmenbedingungen für die Vereine eintreten, damit diese weiterhin vernünftig ihre gute Arbeit leisten können. Wir wollen aber auch gemeinsam mit dem Landessportbund die zukünftigen Schwerpunkte herausarbeiten und uns dabei auch schwierigen Themen stellen wie der Einführung erweiterter Führungszeugnisse für Übungsleiter.

Zur Lebensqualität der Menschen gehört vor allem auch, dass sie sich sicher fühlen. Und zwar in allen Stadtteilen. Sicherheit darf nicht eine Frage des Wohnquartiers oder gar des Geldbeutels sein. Deshalb werden wir bei allen Konsolidierungsanstrengungen die Personalstärke der Polizei aufrechterhalten.

Mit Instrumenten wie dem Konzept „Stopp der Jugendgewalt“ sorgen wir dafür, dass alle beteiligten Stellen gemeinsam daran arbeiten, dass Jugendliche nicht straffällig werden, dass Straftaten schnell und konsequent geahndet werden und dass einmal straffällig gewordene Jugendliche nicht in eine Gewaltspirale abdriften.

Dort, wo sich bestimmte Kriminalitätsformen in den Stadtteilen ballen, werden wir weiter schwerpunktmäßig und frühzeitig Gegenmaßnahmen ergreifen, damit sich hier keine Strukturen verfestigen.

Daneben bedarf es aber auch besonderer Antworten auf besondere Kriminalitätsphänomene. Wir werden insbesondere das ressortübergreifende Konzept zum Schutz vor häuslicher Gewalt weiterentwickeln, weil Gewalt gegen Frauen immer noch ein gravierendes Problem darstellt. Wir werden aber auch gerade angesichts des demographischen Wandels die Gefährdung unserer Bevölkerung durch Straftaten gegen ältere Menschen in den Fokus nehmen.

Wir werden die Bekämpfung der Rocker- und Clankriminalität konsequent fortsetzen. Personalverstärkungen etwa in der Justiz oder in der Polizei für besondere Bereiche werden aufrecht erhalten.



Insgesamt werden wir in der Justiz eine Personalausstattung gewährleisten, die nicht nur die Leistungs- und Funktionsfähigkeit unserer Gerichte und Staatsanwaltschaften sicherstellt, sondern gerichtliche Entscheidungen zeitnah ermöglicht.

Angesichts besonderer struktureller Voraussetzungen verlangt die Situation und Entwicklung in Bremerhaven sowie in Bremen-Nord besondere Aufmerksamkeit.

Ohne Zweifel konnten gerade in Bremerhaven aufgrund des Engagements der Stadtgemeinde Bremerhaven und des Landes Bremen herausragende Erfolge verzeichnet und positive Entwicklungen angestoßen werden.

Mit der Tourismuszone um den alten und neuen Hafen ist es in herausragender Weise gelungen, den Image-Wandel Bremerhavens voranzutreiben. Neben den touristischen Attraktionen in Bremen hat die neue Sky-Line Bremerhavens an der Weser der Tourismuswirtschaft einen entscheidenden Aufschwung verschafft.

Das macht Mut.

Wir werden konsequent weiter an der Steigerung unserer Gästezahlen arbeiten.

Wir werden Bremerhaven zu einem Zentrum der europäischen maritimen Wirtschaft und Wissenschaft und zum TOP-Standort für Windenergie ausbauen. Die Offshore-Wirtschaft wird inzwischen in ihrer nationalen Bedeutung wahrgenommen.

Wir werden Bremerhaven beim Landesprogramm im Bildungsbereich angemessen beteiligen, insbesondere beim Ausbau der Ganztagschulen. Auch in der Seestadt wollen wir gemeinsam mit Bremerhaven den Anspruch der ein- bis dreijährigen Kinder auf Betreuung erfüllen.

Unbestritten ist auch Bremen-Nord ein attraktiver Standort für Leben, Wohnen und Arbeiten. Auch hier wurden in den letzten Jahren viele positive Entwicklungen nach Jahren schwerer struktureller Krisen in Folge der Schließung des Vulkans angestoßen. Die erfolgreiche Nachnutzung des Vulkan-Geländes, die Jacobs-Universität sind hierfür die besten Beispiele. Und diese Entwicklung soll weitergehen: mit dem Gesundheitspark Friedehorst, mit dem Science-Park oder der Wiederbelebung des Geländes der Bremer Wollkämmerei.



Auf dem Gelände der ehemaligen Bremer Wollkämmerei wollen wir einen attraktiven Mix gewerblicher und hochwertiger industrieller Nutzungen ermöglichen, der zu den umgebenden Wohnlagen passt und das Gebiet zum Ortskern öffnet.

Aber es gibt auch noch schwierige Herausforderungen, wenn ich mir zum Beispiel die Situation um den Sedanplatz anschau oder aber auch die soziale Situation in einigen Großwohnanlagen. Hier muss und wird der Senat in den nächsten Jahren Schwerpunkte setzen und die notwendigen Maßnahmen zur Stärkung Bremen-Nords treffen.

Dabei spielt das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ eine wichtige Rolle, in Gesprächen mit Wohnungsbaugesellschaften und Eigentümern werden wir Einfluss nehmen auf die Steuerung des Zuzugs, um einseitige Sozialstrukturen zu vermeiden. Gezielt werden wir Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen unterstützen. Wir werden die aktive Arbeitsmarktpolitik für Bremen-Nord verbessern. Die Wirtschaftsförderung wird ihre Aktivitäten intensivieren, die Ansiedlung kleinerer und mittlerer Unternehmen wird besonders unterstützt.

Schon im Kapitel Wirtschaft habe ich deutlich gemacht, dass Probleme, die sich für alle oder viele stellen, nicht von einzelnen alleine gelöst werden können. Gerade die Situation in den Stadtteilen, nicht nur in Bremen-Nord, macht deutlich, wie wir auf die Mitarbeit und Beteiligung vor Ort bauen müssen und wollen, um zu gemeinsam akzeptierten Lösungen zu kommen.

Deswegen wird der Senat noch stärker als bisher den Dialog und den Rat der Menschen in Bremerhaven und Bremen suchen.

Eine bedeutende Rolle spielen dabei in der Stadt Bremen die Beiräte. Sie bringen zum Beispiel über die Planungskonferenzen schon früh örtlichen Sachverstand in alle Planungen und Vorhaben des Senats für den Stadtteil ein. Wir werden die Beiräte dabei unterstützen, Bürgerbeteiligung in den Stadtteilen zu organisieren. Die Globalmittel der Beiräte werden weiterhin wichtige Impulse in den Stadtteilen setzen können.



Wir werden auch bei den großen Fragen Bürgerinnen und Bürgern das Mitwirken erleichtern. Etwa, indem wir die direkte Demokratie fördern.

Wir möchten ein Klima schaffen, in dem Bürgerinnen und Bürger mitreden und mitwirken wollen.

Und dass sie dann ihr Wahlrecht wahrnehmen und demokratische Parteien wählen. Sinkende Wahlbeteiligung oder politisches Desinteresse ist kein spezifisch bremisches Phänomen ist.

Wir werden aber in den nächsten Jahren intensiv nach Wegen suchen, wieder mehr Menschen dazu zu bringen, ihre Mitwirkungsmöglichkeiten auch zu nutzen.

Wir haben hierzu im Koalitionsvertrag umfassende Verabredungen getroffen, um insbesondere die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu verbessern. Dazu gehört das Wagen von neuen Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten, und zwar auch über die bestehenden gesetzlich vorgeschriebenen Regelungen hinaus. Denn wenn man gute und tragfähige Lösungen haben will, reicht es nicht mehr aus, Vorhaben den gesetzlichen Regelungen entsprechend zu planen und umzusetzen, sondern man muss die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen, ihre Kompetenzen einbinden und man muss Entscheidungen transparent machen.

Neben der Frage der Transparenz und der Bürgerbeteiligung ist vor allem auch die Frage des Stils der politischen Auseinandersetzung und dessen Kommentierung etwas, was die Menschen von Politik begeistern, aber eben auch abschrecken kann.

Ich bin der Meinung, dass wir uns – Regierung und Opposition – gemeinsam vornehmen sollten, die Auseinandersetzung über die richtigen Lösungen mit Energie, mit Engagement und auch mit der notwendigen Zuspitzung auszutragen, dass wir aber dabei nie den Respekt für den Gegenüber vermissen lassen dürfen.

Wenn ich skizzenhaft die Schwerpunkte unserer Regierungspolitik in den verschiedenen Fachfeldern beschrieben habe, war zwangsläufig schon an der einen oder anderen Stelle das Thema Finanzen/Konsolidierung angesprochen.

Durch die Vereinbarungen zur Schuldenbremse bis 2020 in Verbindung mit den Bremen zugesprochenen Konsolidierungshilfen in Höhe von € 300 Mio. als jährliche



finanzielle Unterstützung von der bundesstaatlichen Gemeinschaft hat die Notwendigkeit zur Konsolidierung des Haushaltes eine neue, zusätzliche Dimension erhalten; dies wird einschneidende Auswirkungen auf alle Bereiche der öffentlichen Haushalte haben. Wir müssen unser strukturelles Defizit Jahr für Jahr um 120 Mio € abbauen.

Nur dann erhalten wir die Unterstützung von 300 Mio. Euro jährlich.

Das ist historisch eine einmalige Situation, die es so noch nicht gegeben hat. Wir können Sparen neu definieren, nicht als freiwillige Selbstverpflichtung, sondern gebunden am Ziel aus dem Grundgesetz. Jahr für Jahr entscheidet sich, ob wir das Ziel erreichen, dann bekommen wir 300 Mio €, in neun Tranchen jährlich, also 2,7 Mrd €. Wenn wir die Latte reißen, dann haben wir ein Problem.

Wir werden diese Chancen nutzen.

Dabei ist der Kampf gegen den weiteren Anstieg der Verschuldung nicht nur finanzpolitisch der einzige Weg, er ist auch gesamtpolitisch richtig und notwendig, denn nur so können wir uns überhaupt zukünftige Handlungsmöglichkeiten erhalten.

Nicht nur deswegen sind die Grenzen der Neuverschuldung Bremens durch die Schritte des Sanierungspfades, wie sie mit dem Bund und den Ländern in der Verwaltungsvereinbarung formuliert sind und durch den Stabilitätsrat kontrolliert werden, bis zum Jahr 2020 klar festgelegt. Es führt also kein Weg daran vorbei, in Zukunft Politik mit begrenzten – finanziellen – Mitteln zu gestalten.

Der Weg für die nächsten Jahre ist durch die beschlossene Finanzplanung umrissen. Die dort festgelegten Haushaltszahlen und Entwicklungskorridore müssen gehalten werden. Und jeder der sagt, dass er mehr haben möchte, muss sagen, woher das Geld kommen soll. Mit dem Koalitionsvertrag sind zudem weitere Weichenstellungen getroffen worden, um die Konsolidierungsschritte leisten zu können.

Wir werden in den nächsten vier Jahren im öffentlichen Dienst 800 Stellen abbauen müssen. Das heißt, dass jede dritte frei werdende Stelle nicht wieder besetzt werden kann. Durch Schwerpunktsetzungen bei Bildung und Polizei werden es in anderen Bereichen sogar noch mehr sein.



Klar ist auch, es werden weiter Einstellungen vorgenommen. Und die braucht der öffentliche Dienst auch, um nicht weiter zu überaltern und für die zukünftigen Aufgaben gerüstet zu sein.

Wir werden – analog dem Vorgehen in anderen Bundesländern – die allgemeine Altersgrenze für Beamte und Beamtinnen schrittweise wie in der gesetzlichen Rentenversicherung auf 67 erhöhen und die besonderen Altersgrenzen der Vollzugsdienste entsprechend der Entwicklung in anderen Ländern schrittweise auf 62 anheben.

Um die Sparvorgaben zu erfüllen, müssen wir kritisch prüfen, wie wir unsere Aufgaben erledigen. Sind die vorhandenen Strukturen effektiv? Wie können wir Arbeitsabläufe verbessern? Bei den notwendigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen fangen wir nicht bei Null an, sondern führen die Arbeit der vergangenen Legislaturperiode fort.

Wir wollen die Steuerung der Beteiligungen (Gesellschaften), die Verwaltung unserer Immobilien sowie das Zuwendungscontrolling weiter verbessern und Dienstleistungen wie den Einkauf bündeln

Wir werden alles daran setzen, die Verwaltung noch effizienter zu gestalten. Dabei spielt der Einsatz moderner Informationstechnologien eine Schlüsselrolle. Wir setzen auf eine moderne, serviceorientierte und effektiv arbeitende Verwaltung. Wir müssen in Zukunft mit weniger Personal auskommen. Um den Ansprüchen einer modernen und bürgerfreundlichen Verwaltung auch künftig gerecht werden zu können, werden Strukturen verändert und mehr Technik eingesetzt.

Zur Gestaltung des Umbauprozesses und zur Modernisierung von Prozessstrukturen werden wir in den Jahren 2012 und 2013 einmalig 30 und 20 Mio. € einsetzen. Ziel ist es, dass danach die öffentliche Aufgabenwahrnehmung besser wird, aber erheblich weniger kostet.

Wir werden unsere politischen Schwerpunkte innerhalb des engen Finanzrahmens setzen. Das bedeutet, dass für die verabredeten Schwerpunkte wie den weiteren



Ausbau der Kindertagesbetreuung, dem früheren Beginn der Sprachförderung in den Kitas sowie der Umsetzung von mehr ganztägigem Lernen die Mittel durch eine Umlage aller Ressorts erbracht werden müssen.

So sehr wir uns darum bemühen werden, die Ausgaben begrenzt zu halten, so sehr darf man nicht vergessen, dass gerade die negative Entwicklung der Einnahmeseite die öffentlichen Haushalte in den letzten Jahren massiv in Schwierigkeiten gebracht hat. Eine Konsolidierung allein auf der Ausgabenseite ist zum Scheitern verurteilt. Deswegen werden wir auf Bundes- und auf Landesebene dafür eintreten, dass die finanzielle Ausstattung der öffentlichen Hand sich nicht weiter verschlechtert und dass eine aufgabengerechte Finanzausstattung erreicht wird.

Auf Landesebene werden wir die – zugegebenermaßen beschränkten – Spielräume für eine Verbesserung der Einnahmesituation nutzen.

Wir werden die beschlossene Tourismusabgabe umsetzen.

Alle Behörden sind gefordert, ihre Abgaben zu überprüfen.

Wir werden den Gewerbesteuerhebesatz anhand der Entwicklung in den Nachbarkommunen und vergleichbaren Großstädten überprüfen.

In der Frage der Grunderwerbssteuer werden wir im Laufe der nächsten vier Jahre schauen müssen, ob eine weitere Anhebung vertretbar ist oder zu unerwünschten Nebeneffekten führt.

Die eigenen Handlungsspielräume auf der Einnahmeseite sind auf Landes- und kommunaler Ebene begrenzt.

Qualitativ und quantitativ bedeutender ist, dass wir im Schulterschluss von Ländern und Gemeinden auf Bundesebene dafür eintreten, dass die finanziellen Grundlagen unseres Gemeinwesens erhalten und verbessert werden und nicht etwa durch Steuergeschenke oder durch die Diskussion über die Gewerbesteuer weiter verschlechtert werden.

Deswegen ist für mich die Regelung zur Schuldenbegrenzung bei den Ländern und vor allem beim Bund auch als eine Steuersenkungsgrenze zu verstehen.



Um die neuen Regelungen des Grundgesetzes zur Schuldenbegrenzung in Bremen umzusetzen, haben wir uns entschlossen, eine entsprechende Änderung auch der Bremer Landesverfassung zu erarbeiten. Dabei werden wir die Aufnahme einer Einnahmesicherungsklausel prüfen, die Parlament und Regierung verpflichtet, für eine aufgabengerechte Finanzausstattung – insbesondere hinsichtlich der Steuerpolitik des Bundes – einzutreten.

Wir treten für einen handlungsfähigen Staat ein.

Einen Staat, der die Menschen nicht bevormundet, der sich aber um die Menschen kümmert, der gerade die, die Hilfe benötigen, nicht im Stich lässt. Starker Staat, individuelle Freiheit, gesellschaftliche Verantwortung und Zusammenhalt sowie soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze. Sie bedingen einander. Nur wer in materieller und physischer Sicherheit lebt, wer verlässliche Perspektiven hat, kann in individueller Freiheit leben, seine Talente ausschöpfen und auch für unser Gemeinwesen das Beste leisten.

Um seinen Bürgerinnen und Bürgern dies bieten und damit die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten zu können, braucht die öffentliche Hand, brauchen Bremen und Bremerhaven neben einer angemessenen Finanzausstattung und einer leistungsfähigen Kernverwaltung weitere Instrumente.

Deshalb werden wir unsere kommunalen Wohnungsbauunternehmen, unsere Kliniken oder unsere Häfen nicht aus der Hand geben.

Wir werden gemeinsam daran arbeiten, dass sie noch wirtschaftlicher werden und zugleich ihren Gemeinwohlauftrag und ihre wichtigen stadt- und wirtschaftspolitischen Aufgaben langfristig erfüllen können. Zur Untermauerung dieses Ansatzes wollen wir in der Landesverfassung festschreiben, dass über die Veräußerung von wesentlichen Anteilen der öffentlichen Daseinsvorsorge ein Volksentscheid durchzuführen ist.

Es geht dabei aber nicht nur um das Halten dessen, was noch da ist, wir werden auch dort, wo sich Chancen bieten, wieder öffentlichen und demokratisch legitimierten Einfluss zu gewinnen, alle Optionen prüfen, beispielsweise im Zuge der Neuaus-



schreibung der Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wassernetze bis Ende 2014, oder auch längerfristig im Bereich der Abfallentsorgung.

Wir werden die Chance nutzen, unser Gemeinwesen wirtschaftlich stark, ökologisch und sozial gerecht zu gestalten. Wir haben in Bremen und Bremerhaven als Kommunen und als Land im Vergleich zu anderen Städten und Ländern mehr und bessere Chancen. Wir können direkten Einfluss nehmen auf die Politik in Berlin und in Brüssel. Zugleich können wir als Zwei-Städte-Staat schneller und direkter als viele Flächenländer an der Lösung von Problemen und dem Anstoß positiver Entwicklungen arbeiten. Ich möchte, dass wir gemeinsam, Regierung und Opposition, diese Chancen ergreifen und bei allem Streit in der Sache und dem Wettstreit um die beste Lösung, nie vergessen für wen wir hier arbeiten und wer uns in diese Funktionen gebracht hat: die Bremerinnen und Bremer und die Bremerhavenerinnen und Bremerhavener.

Herzlichen Dank